

hilfeempfänger in den nächsten Jahren weiter steigen wird.

Weitaus schwieriger stellt sich die Bewältigung des Armutproblems auf dem Lande dar. Nach Angaben des Innenministeriums erhalten derzeit gut 4 Mio. ländliche Bewohner staatliche Unterstützung zur Gewährleistung des Existenzminimums. Diese fällt aber geringer aus als in den Städten, weil die Lebenshaltungskosten auf dem Lande niedriger sind. Bislang erhalten Menschen mit niedrigem Einkommen und Behinderte alle drei oder sechs Monate Geld und materielle Hilfe; in entwickelteren Provinzen wird die Unterstützung nur in Geld gezahlt. Ein geregeltes System wie für Städter besteht für die Dorfbewölkerung allerdings noch nicht. Eingebunden sind bislang nur 27 von 31 Einheiten auf Provinzebene und auch die nicht flächendeckend. Bislang wird die Hilfe nur unregelmäßig verteilt und werden die Mittel vielfach zweckentfremdet verwendet. Auch fehlen verlässliche Daten.

Dies soll sich nun ändern. Das Innenministerium ist jetzt dabei, eine landesweite Erhebung über die verarmte Bevölkerung auf dem Lande durchzuführen; erst wenn genauere Daten vorliegen, soll auf dieser Grundlage das Unterstützungssystem neu geordnet werden. Geplant ist eine Unterstützung zwischen 600 und 1.200 Yuan pro bedürftiger Person und pro Jahr. Es handelt sich dabei um die erste derartige Erhebung. Die zuständigen Abteilungen der Volksregierungen aller Verwaltungsebenen haben die Aufgabe, Namen und Adresse, Familiengröße, Jahreseinkommen und Höhe der bisherigen Unterstützung aufzunehmen. Zielgruppen der Erhebung sind Alte, Witwen und Waisen sowie Haushalte, dessen Mitglieder arbeitsunfähig sind, die kein Einkommen haben und sich und ihre Kinder nicht selbst versorgen können, ferner Dorfbewohner, die infolge von Katastrophen oder Krankheit verarmt sind. Die Erhebung soll im April dieses Jahres abgeschlossen sein. Danach wird das Innenministerium feste Regelungen für die Sozialhilfe auf dem Lande erarbeiten. (Vgl. XNA, 19.2.03; Xinhua, 19.2.03, nach BBC PF, 19.2.03) -st-

21 Taiwaner Zeitungen auf dem Festland

Erstmalig können seit Februar 2003 vier große Tageszeitungen Taiwans auf dem Festland vertrieben werden. Ein Geschäftsmann auf der zu Taiwan gehörenden Insel Jinmen (Quemoy) erlangte Ende Januar die Vertriebsrechte für die *United Daily News (Lianhe Bao)*, die *China Times* und die dazu gehörigen Blätter *Economic Daily News* und *Commercial Times*. Der Vertrieb der vier Blätter ist zunächst auf die Provinz Fujian konzentriert, vor allem auf die Städte Xiamen, Zhangzhou und Quanzhou, wo eine große Zahl taiwanischer Geschäftsleute lebt, für die die Zeitungen hauptsächlich bestimmt sind. Die Zeitungen werden täglich über die Insel Jinmen per Schiff nach Xiamen transportiert, von wo aus sie in andere Städte in Fujian gelangen, aber auch in andere Provinzen, wo taiwanische Geschäftsleute mit ihren Familien leben. (Central News Agency web site, Taipei, 5.2.03, nach BBC EF, 6.2.03) Erst kürzlich wurden Direktflüge zwischen Taiwan und dem Festland (Shanghai) aufgenommen (vgl. C.a., 2002/11, Ü 41). -st-

Außenwirtschaft

22 Erfolgreiche Außenhandelsentwicklung 2002 – verhaltene Erwartungen für 2003

Im vergangenen Jahr verzeichnete der chinesische Außenhandel ein Wachstum von mehr als 20%. Der Gesamtwert der Ein- und Ausfuhren betrug 620,70 Mrd. US\$, wobei die Exporte geringfügig schneller anstiegen als die Importe und den Überschuss der Handelsbilanz auf 30,35 Mrd. US\$ erhöhten. Während die Ausfuhren im ersten Quartal um 10% langsamer wuchsen als im Vorjahreszeitraum, lag der Anstieg zwischen Oktober und Dezember bei über 30%. Trotz dieser eindrucksvollen Entwicklung im ersten Jahr nach dem WTO-Beitritt zeigten sich chinesische und ausländische Beobachter wenig optimistisch, was die Entwicklung insbesondere der Ausfuhren in 2003 betrifft.

Auf den Erwartungen lastet besonders die schwierige wirtschaftliche Situation in den Vereinigten Staaten, dem größten Abnehmer von Waren aus der Volksrepublik. Die Zeitschrift *China Economic News* (vom 6.12.02) zitiert einen nicht namentlich genannten Vizeminister des Außenhandelsministeriums (MOFTEC) mit der Einschätzung, das laufende Jahr werde für Chinas Exporte noch schwieriger als die Zeit der Asienkrise nach 1997.

Während die Ausfuhren unter Druck gerieten, würden die Einfuhren aufgrund der Umsetzung von WTO-Verpflichtungen weiter stark zulegen, sagt Chen Xingdong, Chefrepräsentant der Großbank BNP Paribas Peregrine in Beijing. Für das laufende Jahr sei eine Verringerung des chinesischen Handelsbilanzüberschusses zu erwarten. (CEN, 17.2.03)

MASCHINEN UND ELEKTRONIK STELLEN FAST DIE HÄLFTE DER AUSFUHREN, BEI EINFUHREN LEGEN STAHL UND FAHRZEUGE STARK ZU

Veränderungen gab es auch bei der Struktur der Exporte, denn der Anteil von Maschinen und Elektronik stieg um fast 4% auf jetzt 48,2%, oder 157,08 Mrd. US\$. Besonders stark entwickelte sich das Segment Maschinen und Ausrüstung (50,82 Mrd. US\$, plus 50% gegenüber dem Vorjahr). Die Ausfuhren an so genannten Hochtechnologieprodukten erreichten 67,87 Mrd. US\$ und wuchsen ebenfalls mehr als doppelt so stark wie der Gesamtexport. Traditionelle Exporte, insbesondere Textilien, konnten vom chinesischen WTO-Beitritt profitieren. Wichtige Handelspartner haben ihre Märkte für chinesische Produkte weiter geöffnet.

Bei den Importen ist zunächst das Wachstum von 76,9% bei Fahrzeugen bemerkenswert. Die Autonachfrage hat infolge des WTO-Beitritts und der sinkenden Preise stark zugenommen (siehe Übersicht Binnenwirtschaft, „Automarkt wächst 2002 um 50%“). Stahlerzeugnisse lagen mit einem Importwachstum von 42,2% ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt der verarbeiteten Produkte (24,3%). Unklar ist, ob hier ein Zusammenhang mit den US-Stahlzöllen besteht, aufgrund derer einige Stimmen in China eine Überschwemmung

Tabelle 1: Chinas Außenhandel 2002 nach Haupthandelspartnern

Land oder Region	Außenhandel gesamt	Export	Import	Außenhandel gesamt	Export	Import
	in 100 Mio. US\$			Veränderung zu 2001 in %		
Japan	1.019,1	484,4	534,7	16,2	7,8	25,0
USA	971,8	699,5	272,3	20,8	28,9	3,9
EU	876,6	482,1	385,4	13,2	17,9	7,9
Hongkong	692,1	584,7	107,4	23,7	25,6	14,0
ASEAN	547,7	235,7	312,0	31,7	28,3	34,4
Taiwan	446,6	65,9	380,8	38,1	31,7	39,3
Südkorea	440,7	155,0	285,7	22,8	23,8	22,2
Russland	119,3	35,2	84,1	11,8	29,9	5,6
Australien	104,4	45,9	58,5	16,0	28,5	7,8
Kanada	79,3	43,0	36,3	7,6	28,7	-10,0
<i>Gesamt</i>	<i>6207,9</i>	<i>3255,7</i>	<i>2952,2</i>	<i>21,8</i>	<i>22,3</i>	<i>21,2</i>

Quelle: *China Economic News*, 17.2.03.

des chinesischen Marktes befürchtet hatten. Weit größere Bedeutung dürfte in jedem Fall die positive Wirtschaftsentwicklung im Lande selbst haben.

Deutlicher ist die Auswirkung von Handelsstreitigkeiten bei einem anderen Produkt. Chinas Import von Sojabohnen ging um 18,8% zurück und lag bei nur 11,32 Mio. Tonnen. Grund hierfür sind Einfuhrrestriktionen gegen genetisch veränderte Produkte aus den Vereinigten Staaten (siehe Übersicht Außenwirtschaft, „USA und China streiten über genetisch veränderte Lebensmittel“). (CEN, 17.2.03)

ÜBER 50% DER IM- UND EXPORTS SIND VERARBEITUNGSGESCHÄFTE („PROCESSING TRADE“)

Verarbeitungsgeschäfte mit in ausländischem Auftrag produzierten oder veredelten Produkten hatten einen Anteil von 48,8% am gesamten Außenhandel und erreichten einen Wert von 302,17 Mrd. US\$. Der „processing trade“ wuchs mit 25,2% deutlich schneller als der allgemeine Handel (17,7%).

Mehr als die Hälfte des Außenhandels (53,2%, oder 330,22 Mrd. US\$) entfiel auf ausländisch investierte Unternehmen. Staatsunternehmen erzeugten 38,2% (237,35 Mrd. US\$) der Importe und Exporte, der Rest entfällt auf so genannte Kollektivunternehmen und auf die Privatwirtschaft (zusammen 53,22 Mrd. US\$, ein Wachstum von 57,1%). (CEN, 17.2.03)

„HANDELSDEFIZIT OHNE TRÄNEN“ FÜR DIE USA, ABER DRUCK AUF EUROPA NIMMT ZU

Wie in den vergangenen Jahren schätzt das U.S. Census Bureau das Handelsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten weit höher ein als die chinesische Seite. Für das Jahr 2002 veranschlagt die Washingtoner Behörde das Defizit mit 103 Mrd. US\$, was dem anderthalbfachen der vom Beijinger Handelsministerium errechneten knapp 43 Mrd. US\$ entspricht. (US-Statistik: <http://www.census.gov/foreign-trade/balance/c5700.html>; eine ältere Analyse des chinesischen Außenministeriums zur Differenz zwischen den eigenen und den amerikanischen Statistiken: <http://www.fmprc.gov.cn/eng/32220.html#2>)

Obwohl das Handelsbilanzdefizit im vergangenen Jahr aus US-Sicht von 80 Mrd. US\$ (2001) auf über 100 Mrd. US\$ angestiegen ist, hat sich der US-Handelsbeauftragte Robert Zoellick bei seinem jüngsten Besuch in China hierzu nur sehr verhalten geäußert. Zoellick nannte diese Entwicklung für die Weltwirtschaft zu einer Zeit förderlich, da Japan und Europa stagnierten. Zugleich rief er China auf, amerikanischen Produkten auf dem chinesischen Markt eine faire Chance zu geben. (FT, 18.2.03)

Hauptgrund für die amerikanische Gelassenheit ist, dass China einen großen Teil seiner schnell wachsenden Währungsreserven in Dollar hält, wie Hugo Restall vom *Wall Street Journal* schreibt. Wenn US-Amerikaner chinesische Waren kauften, bliebe das bezahlte Geld innerhalb des US-Fi-

nanzsystems. Dieses Phänomen werde auch als „Defizit ohne Tränen“ bezeichnet. Weil durch Exporterlöse und ausländische Investitionen viel fremdes Geld ins Land fließe, sei die chinesische Regierung gezwungen, große Mengen an Yuan auszugeben, um US-Dollar zu kaufen und so den Wechselkurs stabil zu halten. Zur Finanzierung dieser Interventionen könnte China ein „Currency Board“ einrichten, und jedes Mal die in Umlauf befindliche Menge an Renminbi erhöhen, wenn es Dollar kauft. Stattdessen begibt die Regierung aber Staatsanleihen. Dies verhindert, dass Inflation die aufgrund der Dollarbindung entstehenden Preisvorteile der chinesischen Exporte auf dem Weltmarkt korrigiert. Ein solches Recycling von Investitionen mit dem Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, hat FT-Kolumnist Martin Wolf unter Berufung auf den australischen Ökonomen Max Corden als „Wechselkurs-Protektionismus“ bezeichnet.

Europa kann sein Handelsbilanzdefizit mit China derzeit nicht auf ähnliche Weise finanzieren wie die Vereinigten Staaten. Durch die Anbindung des Renminbi an den Dollar erhöht sich der Druck auf die Europäer noch, wenn sich wie derzeit durch die Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro auch chinesische Waren verbilligen. Es sei daher möglich, dass Europa künftig in die Klagen Japans über eine angebliche Unterbewertung des Renminbi (siehe unten) einstimmen werde, befürchtet Restall. (FT, 19.2.03; WSJ, 28.2.03) -bö-

23 China bekennt sich weiter zur Stabilität des Renminbi ungeachtet japanisch-europäischer Sorgen

Unverändert wird der chinesische Renminbi in einem engen Band um 8,28 Yuan für einen US\$ gehandelt. Angesichts des fallenden Dollars häufen sich die Klagen aus dem Ausland, der Yuan sei zunehmend unterbewertet und gefährde die Wettbewerbsfähigkeit Japans und Südasiens. Anfang Februar forderte der japanische Finanzminister Masajuro Shiokawa China offiziell auf, den festen Wechselkurs aufzugeben. Dahinter steht die Sorge, dass ein unterbewerteter Yuan Japans Ex-

porte unterläuft und Unternehmen ermutigt, das Land in Richtung China zu verlassen.

Doch Chinas Finanzminister Xiang Huaicheng hat jüngst in einem Interview sein Bekenntnis zur Dollarbindung erneuert. „Natürlich können unsere ausländischen Freunde den Eindruck bekommen, dass der Wechselkurs des Renminbi angehoben werden müsse. Wir sehen jedoch keinen Grund dafür“, sagte der Minister. (*Los Angeles Times*, lt. *Economist Intelligence Unit*, 27.2.03; FAZ, 11.2., 21.2.03)

Anders als Xiang Huaicheng argumentierte die britische *Financial Times* in einem Leitartikel, dass China endlich weltwirtschaftliche Verantwortung übernehmen müsse. Es gelte, die überfällige Kurskorrektur des US-Dollar verträglich zu gestalten. Bislang habe der Euro über eine Aufwertung von 20% seit Januar 2002 den Großteil der Last dieses Anpassungsprozesses getragen. Asien habe dagegen immer größere Dollarreserven aufgehäuft, sodass der japanische Yen im gleichen Zeitraum nur 13% gegenüber dem Dollar zulegte, und der chinesische Yuan stabil blieb. Die G7-Staaten sollten nun China überzeugen, entweder eine signifikante einheimische Inflation zu erzeugen, oder die eigene Währung aufzuwerten. (FT, 3.2.03) Von Interesse ist in diesem Zusammenhang eine Studie der WestLB. Soll der Dollar handlungsgewichtet um 10% abnehmen und bleibt es bei der unterproportionalen Aufwertung der asiatischen Währung, so die Analysten, müsse der Euro auf 1,40 Dollar steigen. Eine Aufwertung in dieser Höhe würde die Wirtschaft des Euroraums in die Rezession stürzen. (FAZ, 21.2.03)

BANKVOLKSWIRTE VON MORGAN STANLEY GEGEN EINE AUFWERTUNG DER CHINESISCHEN WÄHRUNG

In der Debatte für und wider eine Aufwertung des Renminbi hat der chinesische Finanzminister die Ökonomen der US-Investmentbank Morgan Stanley auf seiner Seite. China-Analyst Andy Xie sagt, eine Abwertung des Renminbi würde keinen Eindruck auf die rezessive japanische Wirtschaft machen. Führende Politiker würden Chinas Wirtschaftswachstum und Japans wirtschaftlichen Niedergang zunehmend als Gerechtigkeitsfrage be-

handeln, nach dem Motto „der Renminbi ist zu billig“. Japans Finanzminister hätte dieses Anliegen wiederholt zu internationalisieren versucht, indem er den Wert des Renminbi als Gesprächsthema bei G7-Treffen lancierte. Der Kampfschrei laute: „China exportiert Deflation“.

Nach Meinung von Xie ist es wenig hilfreich für Japan, China wegen eines schnellen Wirtschaftswachstums anzuklagen, das doch von einer niedrigen Basis ausgehe. Kritik am niedrigen Lohnniveau laufe darauf hinaus, arme Leute dafür zu schelten, dass sie lange Arbeitsstunden hinnähmen. Außerdem sei die Kostendifferenz zwischen beiden Ländern so hoch, dass keine realistische Veränderung im Wert des Renminbi in der Lage sei, japanische Unternehmen davon abzuhalten, in China zu investieren. Sollte der Yuan dennoch signifikant gegenüber dem Dollar aufwerten, sei der chinesische Arbeitsmarkt flexibel genug, um dies aufzufangen. In diesem Fall würde steigender Preisdruck nach unten die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte wieder herstellen. (<http://www.morganstanley.com/GEFdata/digests/20030227-thu.html>)

Ebenso wie Xie hält der Morgan-Stanley-Währungsexperte Stephen Li Ren eine Aufwertung des Renminbi in diesem Jahr für falsch. Die Volksrepublik leide selbst unter Deflation und sei zudem vom weltweiten Abschwung bedroht. Es sei nicht ausgemacht, dass der chinesische Yuan stark unterbewertet sei. Aus Sicht der politischen Führung sei eine Aufwertung noch für längere Zeit keine Option. Denn eine Aufwertung gefährde die wichtigste Voraussetzung für soziale Stabilität, die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Aus den USA, dem wichtigsten Handelspartner nach Japan, habe Beijing vorerst keinen Druck zu erwarten, denn Washington brauche die Unterstützung Chinas zur Durchsetzung seiner außenpolitischen Ziele gegenüber Irak, Iran und Nordkorea. Kurz gefasst lautet die Empfehlung des Devisenexperten: „Don't rock the boat in a storm.“ (<http://www.morganstanley.com/GEFdata/digests/20030228-fri.html>) -bö-

24 USA und China streiten über genetisch veränderte Lebensmittel

Eine überraschende Entscheidung des chinesischen Landwirtschaftsministeriums hat bei US-amerikanischen Agrarkonzernen wie Monsanto neue Befürchtungen ausgelöst, dass der Export von genetisch veränderten Sojabohnen weiter gestört werden könnte. Der Handel mit Soja erreicht jährlich ein Volumen von etwa 1 Mrd. US\$, ging aufgrund von Chinas neuen Einfuhrvorschriften für biotechnisch veränderte Produkte im vergangenen Jahr jedoch um fast 20% zurück. Nun kündigte das chinesische Agrarministerium an, dass weitere Feldversuche für die Zulassung genetisch veränderter Sorten verlangt würden.

Bei seinem Besuch in China sagte der US-Handelsbeauftragte Robert Zoellick, dass die Entscheidung des Ministeriums gegen eine Übereinkunft zwischen den USA und China über die Vergabe von Zulassungen verstoße. Der Bereichsleiter Greater China von Monsanto, John L. Killmer, verwies ebenfalls auf Absprachen zwischen den Präsidenten beider Länder, dass neue Biotech-Vorschriften Chinas den Handel mit Montantos „Roundup Ready“-Soja nicht gefährden dürfe. „Die Botschaft ist wohl noch nicht bei den unteren Ebenen der Verwaltungsbürokratie angekommen“, sagte Killmer und fügte hinzu, dass China bereits seit sechs Jahren „Roundup Ready“-Soja importiere. Ein nicht namentlich genannter westlicher Diplomat vermutete, dass hinter der Entscheidung des Ministeriums nicht die Sorge um die öffentliche Sicherheit stehe, sondern vielmehr der Wunsch, Einkommen für die eigene Behörde zu erzeugen. Ursprünglich habe das Ministerium 200.000 US\$ pro Feldversuch verlangen wollen und habe sich nun auf 60.000 US\$ herunterhandeln lassen. Angesichts der verschiedenen Sorten und Getreidearten gehe es hier aus Sicht der Verwaltung um beträchtliche Geldsummen. Den Produzenten droht eine Störung des Handels, falls die Feldversuche nicht bis Ablauf der Frist für Zulassungen im September abgeschlossen werden können. (AWSJ, 19.2.03)

WELTHANDELSREGELN ERHÖHEN DRUCK AUF CHINAS LANDWIRTSCHAFT

US-amerikanische Landwirte befürchten, dass China bestrebt ist, aus kommerziellen Gründen die Einfuhr von Soja zu erschweren. Zhang Xiaoping von der American Soybean Association hält Elemente des chinesischen Einfuhrregimes für eine Art Lizenzierungssystem, was im Rahmen der WTO illegal sei. (IHT, 20.2.03)

In der Tat gerät die chinesische Landwirtschaft infolge des WTO-Beitritts unter immer stärkeren Anpassungsdruck, weil nicht nur der Weltmarktanteil, sondern auch der Anteil am einheimischen Markt schrumpft. Massive Probleme zeigen sich etwa in der Provinz Heilongjiang im äußersten Nordosten, die der größte Soja-Erzeuger des Landes ist. Die Produktivität in der Landwirtschaft ist niedrig. Preise für Weizen, Mais und Soja liegen 20% bis 50% über dem Weltmarktniveau. US-Sojabohnen kosten nicht nur halb so viel wie chinesische Soja, sondern sie sind überdies von besserer Qualität, da sie einen höheren Ölannteil besitzen. Eine Zollsenkung von 3% im vergangenen Jahr hatte nicht die befürchteten starken Auswirkungen, was neben den veränderten Einfuhrbestimmungen auch auf Dürre in den Erzeugerländern USA und Brasilien zurückzuführen ist.

Landwirtschaftsexperte Zhu Zhen von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften sieht die einzige Chance für Chinas Bauern in verbesserter Qualität und niedrigeren Kosten durch Produktivitätsgewinne. Die Provinzregierung will die Erreichung dieser Ziele unterstützen, unter anderem durch Kredite für Landwirte. Uneinigkeit herrscht über die strategische Frage, ob die Betriebe die Tatsache, dass chinesische Soja nicht genetisch verändert ist, für ihr Marketing nutzen, oder ob sie ebenfalls auf biotechnisch veränderte Sorten zurückgreifen sollten. Schwere Lasten für die Landwirtschaft nicht nur in Heilongjiang sind zudem die Überbewirtschaftung von Böden, die Wüstenbildung und die hohe Arbeitslosenrate im ländlichen Raum. (ST, 7.2.03)

ZOELICK WIRBT FÜR STRATEGISCHE ALLIANZ ZWISCHEN BEIJING UND WASHINGTON BEI DER WTO-AG- RARPOLITIK

Bei seinem jüngsten Chinabesuch hielt sich US-Handelsbeauftragter Robert Zoellick auch deswegen mit Kritik am wachsenden Handelsbilanzüberschuss der Volksrepublik zurück, weil sein Hauptinteresse dieses Mal einem anderen Thema galt. Zoellick habe die Grundlage für eine strategische Allianz mit China für den Freihandel legen wollen, berichtete das *Asian Wall Street Journal*. Bis zum 31. März müssen sich die Mitgliedsstaaten der WTO auf einen Rahmen für Verhandlungen im Agrarbereich einigen. Dies ist eines der schwierigsten Felder der Doha-Welthandelsrunde, denn die Europäische Union und Japan wenden sich noch immer gegen eine substanzielle Senkung der Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte. Auch dreitägige WTO-Verhandlungen in Tokyo Mitte Februar brachten keine Einigung. Der Beauftragte der Welthandelsorganisation Stuart Harrison hatte vorgeschlagen, Zölle um 60% zu reduzieren, Agrarsubventionen zu beschneiden und Einfuhrquoten zu erhöhen. Während die EU den Plan als „nicht ausgewogen“ ablehnte, ging er den USA und der aus 18 Staaten bestehenden Cairns-Gruppe nicht weit genug. (AWSJ, 19.2.03) Im Bereich der Welthandelspolitik hat die Bush-Regierung offensichtlich von der Strategie Abstand genommen, im Rahmen einer Politik des Mächtegleichgewichts mehr mit Japan, und weniger mit China zusammenzuarbeiten (siehe hierzu den Beitrag „Asiens drei Horizonte“, in: *Internationale Politik*, 02/2003). -bö-

25 Erbitterter internationaler Wettbewerb um chinesi- schen Luftfahrtmarkt

Chinas Luftfahrtsektor befindet sich in einer Umbruchphase (siehe C.a., 2002/10, Ü 35). Analysten rechnen mit einem dauerhaften Anstieg des Passagier- und Frachtaufkommens. Dies macht lokale Fluggesellschaften zu attraktiven Partnern für internationale Allianzen. Außerdem ordnen die drei großen Fluglinien Air China, China Northern und China Southern nach der Übernahme kleinerer Gesell-

schaften ihre Flotten neu. Für die beiden großen Flugzeugbauer Airbus und Boeing bedeutet das die Chance auf Großaufträge.

Angesichts der schwierigen Lage auf fast allen anderen Märkten ist der Erfolg in China für Airbus und Boeing von besonderer Bedeutung. Ob die Europäer oder die Amerikaner das Rennen machen, hängt von einer strategischen Entscheidung der Fluggesellschaften und der nach wie vor über Großinvestitionen befindenden chinesischen Regierung ab. Wenn China weiterhin hauptsächlich auf Boeings setzt, die heute 70% der Verkehrsflugzeuge ausmachen, locken Einsparungen bei den Betriebskosten durch einheitliche Flotten. Vieles spricht jedoch dafür, dass die Entscheidungsträger in Unternehmen und Regierung den Anteil an Airbus-Flugzeugen erhöhen werden, um dadurch größeren Spielraum bei Kaufverhandlungen mit beiden Anbietern zu erhalten.

Der bei Boeing für das China-Geschäft zuständige Bruce Dickenson sagte, er wäre zufrieden, wenn in zehn Jahren zwei Drittel der größeren Flugzeuge in China Boeings seien. Und Airbus China-Chef Guy McLeod will mindestens 50% der neuen Aufträge für sein Unternehmen gewinnen, um so den Vorsprung von Boeing in China Schritt für Schritt einzuholen. Erschwert werden die Marketing-Bemühungen der beiden Manager durch die Tatsache, dass das letzte Wort bei Flugzeugkäufen immer noch in Beijing gesprochen wird. Die endgültige Entscheidung liege bei der Kommission für Entwicklungsplanung des Staatsrats, sagte der Vorstandschef von China Southern, Yan Zhiqing. Flugzeuge seien so teuer, dass sie als makroökonomische Investitionen betrachtet werden, die dem Staat vorgelegt werden. Boeing-Manager Dickenson gab an, genauso viel Zeit für Verkaufsgespräche mit Beamten in Beijing aufzuwenden wie mit Vertretern der Fluggesellschaften.

Von der Regierungsseite aus betrachtet, haben Großaufträge stets auch eine politische Seite. Da die Amerikaner erst im Jahr 2001 die letzte große Order über 30 Boeing 737 erhielten, könnte aus diplomatischen Erwägungen nun Airbus an der Reihe sein. Ein Auftrag von China Southern wäre

ein großer Fortschritt für die China-Strategie des europäischen Konzerns, denn bislang fliegt lediglich China Eastern eine größere Zahl Airbus. Beim Konkurrenten Boeing gibt sich Guy Dickenson jedoch optimistisch, dass die derzeitige Marktstruktur von zwei mehrheitlich Boeing fliegenden Gesellschaften, Air China und China Southern sowie der genannten Airbus fliegenden China Eastern, auch in fünf Jahren noch Bestand haben wird. (FEER, 6.2.03)

STAR ALLIANCE STEUERT DANK NEUEM MITGLIED KÜNFTIG 18 ZIELE IN CHINA AN

Mit der Aufnahme der koreanischen Fluglinie Asiana zum 1. März 2003 hat das Luftfahrtbündnis Star Alliance um Deutsche Lufthansa und Singapore Airlines einen Fuß in der Tür zum Wachstumsmarkt China. Mit Asiana wird Star Alliance künftig 18 Flughäfen in der Volksrepublik mit 600 Flügen pro Woche ansteuern. Die Bündnispartner führen sich dabei gegenseitig Umsteigekunden zu und füllen gemeinsam Flugzeuge, um Synergieeffekte zu erzielen.

Während das Passagieraufkommen in Europa und Nordamerika rückläufig ist und im Falle eines Irak-Kriegs nochmals um 20% einbrechen könnte, gilt Asien als Wachstumsmarkt. Die asiatischen Mitglieder der Star Alliance – All Nippon Airlines, Asiana, Singapore Airlines und Thai Airways – beeindruckten im für die Branche schwierigen Jahr 2002 mit solidem Wachstum.

Beim Zugang zum chinesischen Markt sieht Lufthansa-Vorstandschef Jürgen Weber ein Problem in fehlenden Verkehrsrechten. Ein „Open Sky“ wie in Europa und den USA sei nicht gegeben. In China brauche alles seine Zeit, sagte Weber. Als Beleg für diese These bietet sich das zähe Werben der Star Alliance um Air China an. Trotz aller Bemühungen ist die größte chinesische Fluggesellschaft noch nicht dem weltweit führenden Luftfahrtbündnis beigetreten. (HB, 18.2.03)

LUFTFAHRT-AUFSICHT ERLAUBT PREISERHÖHUNG UM 17%

Unklar ist, ob Air China überhaupt der Star Alliance beitreten dürfte, selbst wenn die Unternehmensleitung dies wünschte. Denn ungebrochen

ist weiterhin die Macht der staatlichen Luftfahrt-Aufsichtsbehörde (Civil Aviation Administration of China, CAAC). Sogar die Ticketpreise werden für fast alle Strecken von der CAAC festgelegt. Auf wenigen Flügen sind Preisnachlässe erlaubt. Dies hat in der Vergangenheit zu niedrigen Margen für die Fluggesellschaften geführt.

Im Februar genehmigte die Behörde eine landesweite Preiserhöhung von bis zu 17%. Damit begegnete sie dem Anstieg der Preise für Flugbenzin. Parallel zur Entwicklung beim Rohöl hat sich Flugzeugtreibstoff seit dem vergangenen Oktober um 30% verteuert. Ebenfalls verordnete die CAAC Höchstgrenzen für First- und Business-Class-Preise, die 150% und 130% über denen der Economy-Klasse liegen sollen. (ST, 12.2.03) -bö-

Binnenwirtschaft

26 Bankaufsichtsbehörde gegründet

Anfang Januar fand ein Treffen zur Festlegung der Struktur und der Aufgaben einer Bankaufsichtsbehörde statt, der Banking Regulatory Commission (BRC). Ziel der Gründung ist eine Trennung der Aufgaben von 1) Überwachung des Bankensystems und 2) Geldpolitik, die bisher gemeinsam von der Zentralbank wahrgenommen wurden. (CEN, 10.2.03) Dieser Schritt schließt die institutionelle Reform der Überwachung des Finanzsystems ab, die Ende der 90er Jahre mit der Gründung der Wertpapieraufsichtsbehörde (Securities Regulatory Commission) und der Aufsichtsbehörde für den Versicherungssektor (Insurance Regulatory Commission) begonnen hatte.

Nach Angaben von Mitarbeitern des Central Financial Work Committee bedarf die Gründung nicht der Genehmigung durch den Nationalen Volkskongress, der Ende März eine Reihe von neuen Gesetzen und Gesetzesänderungen verabschiedet, sondern kann jederzeit vorgenommen werden. Allerdings müsste wohl das Bankgesetz von Mitte der 90er Jahre neu angepasst wer-

den. Der Grund für die Einrichtung der BRC wird u.a. darin gesehen, der Zentralbank größere Autonomie bei geldpolitischen Entscheidungen einzuräumen und die Aufsicht über die Banken zu intensivieren. Bereits auf der Arbeitskonferenz der Zentralregierung zur Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000 wurde das Forschungszentrum beim Staatsrat angewiesen, Untersuchungen zur größeren Autonomie der Zentralbank und Einrichtung einer Bankaufsicht durchzuführen. Im März 2001 gründete das Forschungszentrum dann ein Forschungsteam, das verschiedene Seminare mit Finanzexperten und Untersuchungen in Shanghai, Guangzhou, Shenzhen und Dalian durchgeführt hat. Inwieweit Elemente von Aufsichtsbehörden in anderen Ländern übernommen werden sollten, wurde im Rahmen von Besuchen u.a. in den USA, Japan, Großbritannien und Südkorea geprüft. Obwohl das Forschungsteam konkrete Vorschläge zur Bildung einer Bankaufsicht schon zu diesem Zeitpunkt vorgelegt hatte, war zum damaligen Zeitpunkt keine Einigung über die Struktur der Behörde, die Personalbesetzung und den operationalen Rahmen der Regulierungsbehörde erreicht worden.

Nunmehr scheint ein Konsens über die Gründung der BRC vorhanden zu sein. Die Aufgaben der Bankaufsicht werden aus der Zentralbank ausgegliedert und die Behörde wie die anderen Aufsichtsbehörden im Finanzsektor direkt dem Staatsrat unterstellt. Die Zentralbank wird sich dafür auf die Formulierung und Implementierung der Geldpolitik konzentrieren. (CEN, 10.2.03)

Nach einem Bericht des *Asian Wall Street Journal* vom 26.2.03 wird erwartet, dass der derzeitige Präsident der Bank of China (BoC), Liu Mingkan, Vorsitzender der Bankaufsichtsbehörde sein wird. Liu war bereits als „Problemlöser“ in der China Everbright Group und dann bei der BoC eingesetzt worden. Sein Nachfolger bei der BoC sieht sich allerdings nach wie vor großen Herausforderungen beim Abbau uneinbringlicher Kredite gegenüber.

Offiziell liegt der Anteil der Not leidenden Kredite im chinesischen Bankensystem im Jahr 2002 bei 19,8%, ein Rückgang um 4,5 Prozentpunk-